

Sanierung bleibt umstritten

Schießplatz Waakhausen: Politiker fordern Landkreis zur Sanierung auf

Der belastete Schießplatz Waakhausen im Landkreis Osterholz birgt weiterhin Zündstoff. Rechtsstreitigkeiten verzögern nötige Sanierungen. Politiker und Bürger fordern schnellere Lösungen zur Gefahrenabwehr.

14.07.2026 Von Bernhard Komesker und Lars Fischer



In dem sogenannten Sicherungsbauwerk am Rande des Waakhauser Schießplatzes wurden vor 20 Jahren rund 230 Tonnen Blei deponiert.

Foto: Christian Kosak

Zusammengefasst

-) Sanierung des bleiverseuchten Schießplatzes Waakhausen verzögert sich durch Rechtsstreitigkeiten; Politiker und Bürger fordern raschere Gefahrenabwehr und kritisieren die Osterholzer Kreisverwaltung.
-) Behördenbescheide für Abpumpen von verseuchtem Wasser und Sanierungspläne werden von der Schiessanlage Waakhausen GmbH vor Verwaltungsgerichten angefochten; mehrere Eilverfahren anhängig.
-) Bürgerinitiative "Naturschutz Worpsswede" und Dieter Viefhues kritisieren langsame Umsetzung; Viefhues veröffentlicht Buch "Blei im Moor" zur Historie des Umweltskandals und Verfahrensablauf.

Wegen der seit Jahren stockenden Sanierung des verseuchten Schießplatzgeländes in Waakhausen gerät die Osterholzer Kreisverwaltung immer weiter unter Druck. Linke und Grüne monierten im Umweltausschuss, die Behörde dürfe sich von der Betreiber-GmbH nicht länger auf der Nase herumtanzen lassen. "Das versteht doch kein Bürger mehr", schimpfte Jochen Semken aus Worpsswede, der als UWG-Mitglied der Grünen-Kreistagsfraktion angehört. CDU-Frau Silke Paar hingegen verwies auf das schwebende Verfahren und mahnte, Semken solle der Justiz nicht reinreden, sondern deren Unabhängigkeit und die Gewaltenteilung beachten.

Worum geht es beim Streit um den Erdwall?

Noch immer ist die Landkreis-Anordnung vom 16. Februar 2024 nicht umgesetzt, wonach die Schiessanlage Waakhausen GmbH (in dieser Schreibweise, Anm. d. Red.) eigentlich bis zum 1. Mai 2024 damit beginnen sollte, verseuchtes Stauwasser aus dem Erdwall am Rande des Geländes abzupumpen und entsorgen zu lassen. In dem sogenannten Sicherungsbauwerk lagern schätzungsweise 230 Tonnen Blei, die aus der 20 Jahre alten Sanierung einer Teilfläche stammen. Seinerzeit war das belastete Erdreich in Folien eingepackt und zu einem rund vier Meter hohen Wall von mehr als 200 Metern Länge aufgeschichtet worden.

Was macht die Betreiber-GmbH?

Gegen den Behördenbescheid zur Druckentlastung, der sich auf ein Gefährdungsgutachten aus dem Jahr 2020 stützt, hatten die Betreiber [Rechtsschutz im Eilverfahren beim Verwaltungsgericht Stade \(VG\) beantragt](#). Sie halten [eine Gefährdung nicht für erwiesen](#), sodass sie die drohende Ersatzvornahme auch mit einer Klage gegen den Landkreis beantworteten: das noch offene Hauptsacheverfahren. Im Eilverfahren gaben die Stader Richter dem Landkreis am 31. März 2026 zwar Recht, aber die Waakhauser GmbH rief daraufhin – abermals im Eilverfahren – das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg an.

Wie geht es weiter?

Fachleute rechnen damit, dass das OVG nun ein Signal nach Stade senden wird, bevor dort in der Hauptsache entschieden wird. Es gilt aber auch nicht als ausgeschlossen, dass die unterlegene Partei gegen einen VG-Beschluss Beschwerde einlegt oder die Berufungszulassung beantragt. Der Landkreis gibt sich zuversichtlich, will aber zunächst die Lüneburger Eilentscheidung abwarten.



Dezernatsleiter Dominik Vinbruck hat Fragen zum aktuellen Stand beantwortet.

Foto: Christian Kosak

In der Fragestunde zur jüngsten Kreistagssitzung sagte Kreisdezernent Dominik Vinbruck, er rechne "in den nächsten Wochen" damit. Man habe beim OVG fristgerecht bis Mitte Juni Stellung genommen. "Wir warten nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag", versicherte der Dezernent. Verwaltungssprecherin Sabine Schäfer setzte auf Nachfrage der Redaktion hinzu: "Der Landkreis freut sich, wenn die Gerichte die Möglichkeit haben, schnell zu einer Entscheidung zu kommen."

Was sagen die Politiker?

Jochen Semken glaubt mittlerweile nicht mehr an eine schnelle Lösung: "Ich möchte, dass wir jetzt eine Ersatzvornahme machen", forderte er. Die Sanierungskosten seien unvermeidlich und den Betreibern in Rechnung zu stellen. Es sei gutachterlich wie gerichtlich längst hinreichend erwiesen, dass der Erdwall wegen des Umweltrisikos nicht so bleiben könne, wie er ist, urteilte Semken.

Der Worpsweder SPD-Mann Stefan Böttjer hatte schon im März erklärt, auch er "habe ein Problem mit der langen Verfahrensdauer" und sehe Gefahr im Verzug. Grünen-Sprecherin Dörte Gedat sprach von einer unerträglichen Verzögerungstaktik. Hingegen warnte die CDU-Kreistagsabgeordnete Silke Paar, der Landkreis würde Schadensersatz riskieren, wenn er nicht aufs OVG warte. "Die Verwaltung kann jetzt gar nicht anders handeln", sagte sie.

Was ist mit dem laufenden Betrieb?

Über die schrittweise Sanierung der ebenfalls belasteten Kugelstände könnte demnächst immerhin Einvernehmen zwischen Betreibern und Behörde hergestellt werden. Der Landkreis

bereitet dazu nach eigenen Angaben eine Verbindlichkeitserklärung vor; ein eingeschränkter Schießbetrieb während der rund zweijährigen Arbeiten bliebe damit möglich. Ohne die Sanierung und eine technische Nachrüstung der Kugelstände will die Behörde höhere Schusszahlen nicht genehmigen.

Wo bleibt der Sanierungsplan fürs Gesamtgelände?

Unterdessen möchte Reinhard Seekamp (Linke) verhindern, dass es mit der angeordneten Sanierung des ebenfalls belasteten Gesamtgeländes ähnlich läuft wie mit dem kontaminierten Sicherungsbauwerk. Das Verwaltungsgericht Stade hatte dazu am 28. April nach acht Monaten in einem zweiten Eilverfahren entschieden, dass der Landkreis befugt war, ein Zwangsgeld von 20.000 Euro festzusetzen, wenn die Betreiber keinen Sanierungsplan aufstellen. Doch auch dazu gibt es beim OVG nun zunächst eine Eilbeschwerde, [auf deren Ausgang der Landkreis gleichfalls wartet.](#)



Diese sieben Jahre alte Archivaufnahme zeigt lose Bleikügelchen auf dem Waakhauser Gelände. Sie stammt aus dem Jahr, in dem das Schrotschießen untersagt wurde. Die Sanierung der belasteten Fläche lässt weiter auf sich warten.

Foto: Maximilian von Lachner

Parallel ist für die nächsten zwölf Monate ein neues Grundwassermonitoring geplant, um die nötigen Maßnahmen zum Schutz von Boden und Grundwasser genauer zu definieren. Aus Landkreissicht könne man das der Schießplatz-GmbH nicht verwehren; sie soll aber einen Zeitplan vorlegen, wie sie die vorliegenden Empfehlungen des Landes umzusetzen gedenkt.

Was unternimmt die Naturschutz-Initiative?

Außerparlamentarisch macht die Bürgerinitiative (BI) "Naturschutz Worswede" weiter Druck. Ein [Beitrag im NDR-Fernsehen](#) skizzierte kürzlich deren Position, wonach es sich bei dem Erdwall um eine tickende Zeitbombe handelt, die keine Nachsicht erlaube. Die Antwort aus dem Kreishaus lautete: "Es besteht eine Gefährdungslage, die so akut ist, dass die Betreiberin handeln muss. Die Gefahr ist jedoch nicht so akut, dass der Landkreis unmittelbar selbst tätig werden müsste." Gegen diese abwartende Haltung hatte die BI Anfang Februar eine Fachaufsichtsbeschwerde beim Umweltministerium in Hannover eingereicht. Das Ergebnis liegt noch nicht vor.

Aktuell warnt die BI davor, dass die Gemeinde Worswede nach der Sanierung einen Solarpark auf der Fläche erlaubt, auf der aktuell Natur und Umwelt Vorrang haben. Die Kritiker warnen, das könnte auch andere unerwünschte Nutzungen ermöglichen.



Dieter Viefhues.

Foto: Frei

Kurz nach Ostern reichte zudem einer der Aktiven, Dieter Viefhues, einen offenen Brief an Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) ein. Viele Kommunalpolitiker, Verwaltungschefs, Medien und Landtagsabgeordnete zählten zum Adressatenkreis des 32-seitigen Schreibens. Die Antwort des Ministeriums, das den Absender auf den Ausgang der Aufsichtsbeschwerde vertröstete, stellt Viefhues nicht zufrieden. Er schickt nun sein neues Buch nach Hannover, das die Historie des Waakhauser Umweltskandals nachzeichnet.

Zur Sache

Chronik eines Konflikts

Dieter Viefhues war in der Zeit ab 2018 einer der Ersten, die auf das Umweltproblem am und auf dem Waakhauser Schießstand aufmerksam machten. In den folgenden Jahren zog er sich aus dem seitdem andauernden Konflikt um die Gefahren und die verfügte, bis heute aber nicht umgesetzte Sanierung des bleiverseuchten Areals zurück. Jetzt hat der frühere Professor für Informatik und Systemanalyse die Entwicklungen und die ihnen zugrunde liegenden Strukturen in einem knapp 200-seitigen Buch aufgearbeitet.

Unter dem Titel "Blei im Moor – die kurzen Wege zum Amt" widmet er sich vor allem den Auswirkungen ländlicher Strukturen auf ein Verfahren, das seit Jahren nicht von der Stelle kommt, obwohl die ökologische Belastung hoch und die Notwendigkeit des Handelns gutachterlich nachgewiesen ist. Viefhues geht es dabei weniger um eine komplette Chronologie der Waakhauser Vorgänge als vielmehr um eine Offenlegung von Verwerfungen, Interessenkonflikten und Verhaltensmustern, welche die ökologische Gefahrenabwehr seiner Analyse nach nicht priorisieren.

Vor allem in der Historie geht er in die Tiefe und zeigt auf, wie es überhaupt zu der heute undenkbar erscheinenden Entscheidung kam, einen Schießstand auf sensiblem Moorboden zu

errichten. Die Entwicklungen in diesem Jahrzehnt, in dem die Anlage nach mehreren Betreiberwechseln nicht mehr primär von Jägern und Spitzensportlern, sondern vor allem von Freizeitschützen genutzt wird, klammert er weitgehend aus.

In vielen Punkten liefert Viefhues eine tiefgehende Analyse, an anderen bleibt er diese aber auch schuldig. Personelle Verquickungen bis hin zu Doppelfunktionen in Jägerschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft werden nicht explizit ausgeführt. Gerade hier wäre eine Untersuchung, inwiefern enge Seilschaften bestehen und ob sie sich auf das Verfahren ausgewirkt haben, ein Ansatz, der die "kurzen Wege zum Amt" deutlicher hätte beschreiben können.

Info

Dieter Viefhues: "Blei im Moor – die kurzen Wege zum Amt" ist bei Amazon als "Book on Demand" erschienen (ISBN: 979-8253001035) und kostet 19 Euro. Transparenzhinweis: Dem Buch liegen zahlreiche Artikel dieser Zeitung zugrunde; die Redaktion hat mit dem Autor im Vorfeld der Veröffentlichung über den Inhalt diskutiert und ihm Hinweise gegeben.